

## **Dokumentarfilm über die ArbeiterInnenmitverwaltung in Venezuela**

Mit der Regierungsübernahme 1998 durch Hugo Chávez ging in Venezuela ein partizipativer Prozess einher, aus dem heraus eine progressive Verfassung, ein Arbeitsrecht, neue Schulplätze und eine Vielzahl weiterer Reformen für die verarmte Bevölkerungsmehrheit des potentiell reichen Staates hervorgingen. Die sich offen gegen den Neoliberalismus wendende Politik der Regierung wird von den Großunternehmern Venezuelas wie von den USA vehement abgelehnt, was sich in Putschversuchen gegen Chávez und Boykotten zeigt. Trotz dieser Schwierigkeiten genießen Chávez und seine Regierung das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.

Der Film von Oliver Ressler & Dario Azzellini konzentriert sich anhand einer Auswahl von Großunternehmen auf einige exemplarische Veränderungen im ökonomischen Bereich in Venezuela. Die durch die politische Entwicklung geförderten Prozesse der Partizipation und Selbstorganisation führen zur Herausbildung von unterschiedlichen Formen von Arbeitermitverwaltung (*Cogestión*). Im Film werden 4 oder 5 Unternehmen fokussiert, in denen die ArbeiternehmerInnen über die Errungenschaften dieser Partizipation an Entscheidungen, aber auch über die Schwierigkeiten aus ihrer Perspektive sprechen.

Dario Azzellini ist uns durch einen früheren Antrag schon bekannt. Wir hatten ihm damals die Flugkosten nach Venezuela finanziert, damit er dort sein Buch „Das Unternehmen Krieg“ und den Film „Venezuela von unten“ vorstellen konnte. Denn „bei seinen zahlreichen Projekten und Recherchen in Venezuela, Nicaragua, Mexiko, Kolumbien u.v.a.m. ist (er) stets bemüht, einen Rückfluss der Informationen zu ermöglichen. D.h. die gewonnenen Erkenntnisse sollen nicht nur nach Europa exportiert werden, sondern auch der Basis in den betroffenen Ländern wieder zu Verfügung stehen.“ (Zitat aus der Projektbeschreibung von Caroline Aicher).

Die Filmvorführungen in Venezuela waren sehr erfolgreich und Film wird auch weiterhin mit großem Erfolg in allen erdenklichen Teilen der Welt gezeigt (erst vor zwei Wochen hat D. Azzellini kostenlose Kopien an Basisorganisationen in Indien geschickt, die angefragt hatten). Zudem wurde er Hunderte Male in Deutschland und Tausende Male weltweit aufgeführt.

Ziel des neuen Films, den Azzellini wieder zusammen mit Oliver Ressler drehen wird, ist es, über den Sachverhalt der ArbeiterInnenmitbestimmung („cogestión“) auch außerhalb Venezuelas zu informieren, um aufzuzeigen, wie es durchaus andere Lösungen als Betriebsschließun-

gen gibt und Wirtschafts- und Arbeitspolitik eben nicht „naturegegeben“ sind, wie uns der Neoliberalismus klar machen will, sondern gesellschaftliche bzw. politische Entscheidungen darstellen. Mit der Thematik können vor allem auch Gewerkschaftskreise erreicht werden, die sich zwar zunehmend für Venezuela interessieren, aber wenig Informationen erhalten. Darüber hinaus wird der Film sicherlich, wie alle früher gedrehten Dokumentarfilme von politischen und sozialen Basisgruppen über akademische und künstlerische Kreise, Gewerkschaften, Filmfestivals, Museen usw. weltweit viele Menschen erreichen.

Die Gesamtkosten werden mit 26.000,- € angegeben. Der größte Posten ist dabei die notwendige Flugreise von 4 Personen nach Venezuela, um den Film herstellen zu können. Ein Zuschuss von ca. 8.100,- € ist bereits vom Berkeley Art Museum zugesagt, weitere Anträge laufen noch. Im übrigen schreibt Dario Azzellini: „Da wir beide Freiberufler sind, müssen wir auch Honorare berechnen. Allerdings ist es auch immer der erste Posten, der gestrichen wird, wenn die Finanzierung nicht komplett zusammen kommt (das tut sie natürlich nie...). Und wie ihr vielleicht noch aus meinem letzten Antrag/Bericht wisst, bin ich stark ehrenamtlich tätig.“

### **Zur gegenwärtigen Situation in Venezuela:**

(Auszüge aus dem Projektantrag)

In Venezuela ist seit der Amtsübernahme des



Präsidenten *Hugo Chávez* ein gesellschaftlicher Transformationsprozess im Gange, der sich auf die 1999 unter starker Beteiligung sozialer und politischer Basisorganisationen ausgearbeitete „Bolivarianische Verfassung“ stützt, die in einem Referendum mit 72 % der abgegebenen Stimmen angenommen wurde und im Jahr 2000 in Kraft trat. Die neue Verfassung legt soziale Bürgerrechte und die soziale Gleichheit als Ziel der Gesellschaftsordnung fest und den Staat als Garant dafür. Grundlage ist (in Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie) die „partizipative und prota-

gonistische Demokratie“, d. h. der Staat wird als partizipativer Raum verstanden, in dem die Bevölkerung mittels diverser Instrumente das öffentliche Leben mitgestaltet und die Institutionen kontrolliert. Auf lokaler Ebene wurde ein Mitspracherecht der Bevölkerung bei der Aufstellung und Verteilung des Haushaltes eingeführt.

Für Unternehmen werden diverse Modelle der ArbeiterInnenmitbestimmung (*cogestión*) diskutiert. Letztere wird vor allem seit Anfang 2005 in Staatsbetrieben umgesetzt und reicht teilweise – wie etwa in dem Aluminiumunternehmen ALCASA – bis hin zur Wahl des betriebsinternen Leitungspersonals auf Arbeiterversammlungen. Forciert wird die Mitbestimmung vor allem von den Einzelgewerkschaften des im April 2003 gegründeten unabhängigen, aber prozessnahen Dachverbandes *Unión Nacional de Trabajadores* (UNT).

Im August 2005 erklärte José Khan, UNT-Vertreter und Abgeordneter der Regierungskoalition, 88 Unternehmen hätten das von der Regierung vorgeschlagene Cogestión-Modell, das ein ArbeiterInneneigentum in kollektiver Form von 51 oder 49 Prozent vorsieht, bereits eingeführt. Ein Unternehmen, die Hotelkette Tamarata, werde sogar zu 100 % von den ArbeiterInnen selbst verwaltet. All diese Unternehmen müssten entsprechend sozial agieren und zehn Prozent ihrer Gewinne in einen lokalen Entwicklungsfond der Gemeinde, in der sie sich befinden, fließen lassen.

### **Beispiel für den Erfolg der Cogestión: Venepal / Invepal (Morón / Carabobo)**

Die stillgelegte Papierfabrik Venepal in Morón im Bundesstaat Carabobo, vier Autostunden westlich der venezolanischen Hauptstadt Caracas, soll gemäß eines von Präsident Hugo Chávez im Januar 2005 verabschiedeten Dekrets gemeinsam vom venezolanischen Staat und den ArbeiterInnen betrieben werden. Dafür hatten bis zuletzt 350 ArbeiterInnen und ihre Familien gekämpft.

Mitte der 1990er Jahre war Venepal noch die größte Papierfabrik Lateinamerikas. Damals hatte das Unternehmen 1.800 Beschäftigte. Dann begann der Eigentümer die Fabrik nach und nach zu demontieren, denn er ist auch Teilhaber an dem transnationalen US-Papierkonzern Smurfit, Venepals Konkurrenz in Venezuela. So wurden in den vergangenen Jahren diverse Maschinen von Venepal an das Konkurrenzunternehmen verkauft, das sie abgebaut und in ihre Papierfabriken nach Kolumbien transportiert hat. Dort sorgen Paramilitärs dafür, dass Löhne niedrig sind und erhalten den Betriebsfrieden mittels Terror und Mord. Eine riesige Maschine zur Herstellung einer bestimmten Pappsorte wurde sogar von Smurfit gekauft und im Venepalwerk stillgelegt.

Die einzige weitere Maschine dieser Art steht im venezolanischen Werk von Smurfit. So werden Marktanteile gesichert und ausgebaut.



Anfang 2003 kam es schließlich zum Konflikt im Unternehmen. „Als wir gemerkt haben, dass die Leitung das Unternehmen gezielt in den Konkurs führt, haben wir intern die Kontrolle über die Produktion übernommen“, berichtet Edgar Peña, Generalsekretär der werkseigenen Papierindusriegewerkschaft Sutip, „daraufhin entschied die Leitung am 4. Juli 2003, das Unternehmen zu schließen und wir besetzten es, um so Druck auszuüben.“

Nach 80 Tagen kam es zu einer Einigung. Der Staat erklärte sich bereit, die Modernisierung mit fünf Millionen Dollar zu unterstützen. Dafür sollte eine Kooperative mit 400 ArbeiterInnen eingerichtet und direkt am Unternehmen beteiligt werden. Ein Gerichtsurteil verpflichtete den Besitzer auch zur Wiedereinstellung der Entlassenen und Zahlung der ausgefallenen Löhne. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, Rohstofflieferungen, Produktion und Vertrieb von den ArbeiterInnen organisiert. „Doch der Besitzer hielt sich nicht an die Vereinbarung und schloss das Werk am 7. September,“ so Peña. Seitdem standen bei Venepal alle Maschinen still, außer dem Stromwerk, das auch eine kleine Siedlung versorgt.

Die ArbeiterInnen besetzten daraufhin den Betrieb und forderten die Nationalisierung unter ihrer Kontrolle. „Bei den Gesprächen mit Firmenleitung und Ministerien wurde uns klar, dass die Leitung weniger Überblick hat, als wir ArbeiterInnen, und wir genug Erfahrungen gesammelt haben, um das Werk zu betreiben“, so Peña im Gespräch mit Dario Azzellini. Nachdem Venepal Anfang Dezember 2004 Konkurs anmeldete, forderte die venezolanische Nationalversammlung am 13. Januar 2005 die Exekutive auf, gemäß der geltenden Gesetzgebung aufgrund öffentlichen Interesses ein Dekret zur Enteignung der Güter und Immobilien des in Konkurs gegangenen Unternehmens Venepal und seiner Filialen zu erlas-

sen. Es wurde auch eine Untersuchungskommission gebildet, da der Verdacht auf betrügerischen Konkurs besteht.

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez enteignete schließlich am 19. Januar 2005 per Dekret den gesamten Besitz des Papierunternehmens Venepal (das in Invepal umbenannt wurde). Eine Möglichkeit, die dem venezolanischen Staat gemäß Verfassung zusteht. Die Fabrik wurde in eine gemischte Eigentumsform - 51 % Staatseigentum und 49 % Belegschaftseigentum über eine gemeinsame Kooperative – überführt. Das Modell der Arbeitermitverwaltung in Invepal hat Züge einer Arbeiterkontrolle. Die ArbeiterInnen haben Edgar Peña zum Kopf des aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehenden Direktoriums des neuen Unternehmens gewählt und haben – zumindest auf dem Papier – die Macht, in der „Arbeiterversammlung“ weiterhin über alle Schritte des Unternehmens zu entscheiden.

Ende Januar begannen die ArbeiterInnen die Fabrik wieder auf die Produktion vorzubereiten. Der Staat gab eine Anschubfinanzierung von umgerechnet etwa vier Millionen Euro. Edgar Peña bat auch um die Unterstützung der Nationalgarde zur Sicherung des Unternehmens, da Sabotageakte seitens Personen, die sich der Kontrolle des Betriebs durch die ArbeiterInnen widersetzen, befürchtet würden. Zu schützen gibt es neben der Fabrik und einer werkseigenen Wohnsiedlung viel. Das Gelände von Venepal umfasst insgesamt 5.000 ha. Auf dem Gelände stehen noch eine Schule, ein Baseballstadion, ein Hotel mit Schwimmbad, ein Klärwerk, Anlagen zur Aufbereitung von Trinkwasser und Industrierwasser, ein Stromwerk und ein kleiner Flughafen, den die Besitzer nutzten, um zur Fabrik zu gelangen. Das meiste verlassen und ungenutzt. Auch große brachliegende Ländereien gehören zum Firmengelände.

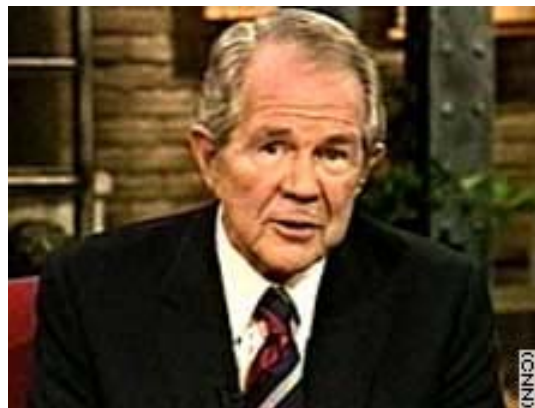
Mittlerweile ist Invepal in der Lage, wieder eine breite Palette an Papier- und Pappsorten und daraus verschiedene Schul-, Büro- und Verpackungsmaterialien herzustellen. Auf einer Handelsrunde in Caracas gab Edgar Peña im Juli 2005 bekannt, Invepal könne fünf Millionen Schulhefte monatlich produzieren. Die Preise seien konkurrenzfähig, so dass bald wieder auf 40 % Marktanteil in Venezuela – wie vor zehn Jahren – gehofft werde.

Doch mit Gründung der Kooperative Covimpa sind die ArbeiterInnen zu BetreiberInnen und TeilhaberInnen geworden und die Gewerkschaft wurde aufgelöst, da ohnehin alle in Covimpa organisiert sind. Als Kooperative genießt Covimpa weitere Vorzüge, wie etwa Steuervorteile und kann, gemäß der Bolivarianischen Verfassung, seine Betriebsbeteiligung bis auf 95 % erhöhen.

Invepal versteht sich als „gesellschaftliches Unternehmen“, hat seinen Kampf nur mit der breiten Solidarität der lokalen Bevölkerung und anderer Arbeit durchstehen können, so soll auch ein Teil der Gewinne zum Wohl der Gemeinschaft eingesetzt werden. Die Invepal-ArbeiterInnen denken nun in Managerkategorien. Erklärtes Ziel ist, schrittweise den gesamten Betrieb zu übernehmen, doch das wirft in der UNT auch Zweifel auf, denn die Cogestión soll ja nicht dazu führen, dass sich die Gewerkschaften auflösen und die ArbeiterInnen UnternehmerInnen werden.

## Mordaufruf gegen Hugo Chavez

Zur „Eliminierung“ von Hugo Chavez hat der us-amerikanische Fernsehprediger Pat Robertson aufgerufen. Erst drei Tage danach, erklärte er, damit habe er nicht zum Mord an Chavez aufgerufen, „entfernen“ könne schließlich auch darin bestehen, Chavez zu kidnappen.



Der 75-jährige Baptistenpfarrer Pat Robertson ist Chef des millionenschweren Christian Broadcasting Network, ehemaliger republikanischer Präsidentschaftskandidat und einer der mächtigsten republikanischen Parteiführer. Als Dank für seine Wahlhilfe für George Bush verfügt er über eine Direktleitung ins Weiße Haus.

Das US-Außenministerium meinte zu diesem Aufruf lediglich, Robertsons Worte seien „unpassend“ gewesen und Kriegsminister Rumsfeld ließ verlauten, Robertson sei Privatmann. Und „Privatleute redeten heute so und morgen so“.

Kein Wunder, dass die US-Regierung sich nicht deutlicher distanziert, denn schließlich gilt ihr Chavez nach dem vom CIA unterstützten, aber missglückten Militärputsch vom April 2004 als eine „negative Kraft“ (Condoleeza Rice). Ronald Rumsfeld nannte ihn eine „Bedrohung Kolumbiens“ und für CIA-Chef Porter Goss ist Chavez ein „subversiver Unruhestifter“

Ernst Standhartinger

(Alle Informationen: Publik-Forum, 09.09.2005)

eMail-Kontakt zu Dario Azzellini:  
<mailto:dnapress@gmx.net>